Deutscher Bundestag **Drucksache 17/5773**

17. Wahlperiode 11. 05. 2011

Antrag

der Abgeordneten Uta Zapf, Dr. h. c. Gernot Erler, Bernhard Brinkmann (Hildesheim), Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Ute Kumpf, Dr. Rolf Mützenich, Thomas Oppermann, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Die OSZE ausbauen und stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit 1975 die „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" ins Leben gerufen wurde, hat sich die aus ihr hervorgehende Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zum wichtigsten Forum für gesamteuropäische Sicherheit entwickelt. Als Verhandlungs- und Konsultationsrahmen für kooperative Sicherheit hat sie durch vertrauensbildende Maßnahmen und Transparenz, durch konventionelle Abrüstung und durch die Unterstützung beim Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen und die Hilfe bei der Umsetzung menschenrechtlicher Normen Stabilität und Sicherheit ihrer jetzt 56 Mitgliedstaaten gefördert. Nach Erfolgen in den 90er-Jahren, dem Abschluss der Europäischen Sicherheitscharta, geriet die OSZE in eine Krise.

Die neu entfachte Diskussion über neue Sicherheitsstrukturen (Korfu-Prozess und die Ergebnisse der Gipfeldiskussion in Astana) ist für die OSZE eine große Chance, ihre Rolle als wichtigstes Forum gesamteuropäischer Sicherheit und Kooperation zurückzugewinnen. Die geografische Ausdehnung der OSZE umfasst Europa, Nordamerika, Russland und Zentralasien und damit einen für Gesamteuropa sicherheitsrelevanten Raum. Die Entspannung zwischen den USA und Russland sowie die Wiederannäherung zwischen Russland und der NATO hat auch einen dynamischen Dialogprozess in der OSZE begünstigt.

Anfang Dezember 2010 fand in Astana unter kasachischem Vorsitz ein OSZE-Gipfeltreffen statt, das neue Impulse zur Weiterentwicklung der OSZE gegeben hat. Seit dem letzten Gipfel in Istanbul 1999 hat es zwischen den Teilnehmerstaaten eine zunehmende Uneinigkeit über die Aufgaben der OSZE und ihr politisches Gewicht gegeben. Wahlbeobachtungen, Feldmissionen und das Drängen auf Einhaltung der Menschenrechte gerieten besonders bei den Folgestaaten der Sowjetunion in die Kritik, während das Forum für Sicherheitskooperation unumstritten blieb und die vertrauensbildenden Maßnahmen (Wiener Dokument 1999) stagnierten. Die Nichtratifizierung des adaptierten Vertrages über Konventionelle Streitkräfte in Europa (AKSE-Vertrag) und der Ausstieg Russlands aus den Regelungen zur Verifikation des Vertrages über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag), die ungelösten Konflikte (Berg-Karabach, Transnistrien, Georgien – Abchasien/Südossetien), die neuen Herausforderungen und Gefahren erfordern einen neuen Sicherheitsdialog in der OSZE, der maßgeblich dazu beiträgt, dass sich die OSZE wieder zu einem wesentlichen Element gesamteuropäischer Sicherheit entwickeln kann.

Den Anstoß zu diesem notwendigen neuen Sicherheitsdialog gab auch der Vorschlag des russischen Präsidenten Dimitri Medwedew zu einem „Europäischen Sicherheitsvertrag“, der „unteilbare Sicherheit“ für alle Teilnehmerstaaten gewährleisten soll. Die OSZE hat ihn im sogenannten Korfu-Prozess aufgegriffen. Der russische Vorschlag berührt Kernaufgaben der OSZE wie Konfliktprävention, Krisenmanagement und Konfliktlösung. Er bietet jedoch keine befriedigende Antwort auf die Frage, welche Rolle die NATO und die EU (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – GASP/Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik – ESVP) in diesem Sicherheitsheitssystem einnehmen soll.

Die OSZE hat unter griechischem Vorsitz im Dezember 2009 den Korfu-Prozess in Gang gesetzt. Ein umfassender und transparenter Dialog hat es den Teilnehmerstaaten ermöglicht, ihre Anliegen und Vorschläge zur Stärkung der europäischen Sicherheit einzubringen. Der kasachische Vorsitz hat diese Vorschläge in einem Zwischenbericht im Juli 2010 vorgelegt.

Ein Aktionsplan zu allen drei OSZE-Dimensionen wurde in Astana leider nicht verabschiedet, aber die OSZE hat in Astana den Auftrag erteilt, bis Dezember 2011 einen konkreten Aktionsplan zu erarbeiten, der auf dem Ministerratstreffen im Dezember 2011 beraten werden soll.

II. Der Deutsche Bundestag bedauert,

dass es der Bundesregierung nicht gelungen ist, durch ein entsprechendes Engagement auch auf höchster politischer Ebene einen Erfolg des OSZE-Gipfels in Astana zu ermöglichen.

III. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass

- im Korfu-Prozess die Diskussion zur Stärkung und Verbesserung der europäischen Sicherheitsstrukturen aufgegriffen und vorangetrieben wurde,
- in der Gipfelerklärung von Astana nochmals die wichtigsten OSZE-Grundsätze von allen Teilnehmerstaaten bekräftigt wurden.

IV. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

im Zuge der weiteren Beratungen

- sich mehr als bisher auf höchster politischer Ebene für die Stärkung der OSZE einzusetzen,
- sich für einen Aktionsplan für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und seine Umsetzung stark zu machen und hierfür konkrete Vorschläge vorzulegen,
- sich weiterhin für die Erarbeitung einer substanziellen Agenda und für konkrete Aufträge für einen Aktionsplan einzusetzen,
- intensive Bemühungen zur Lösung von ungelösten Regionalkonflikten und für die Stärkung der OSZE-Fähigkeiten für Konfliktprävention aufrechtzuerhalten,
- mit engagierten Maßnahmen die notwendigen Fortschritte beim KSE-Vertrag zu befördern und mit unseren Partnern abgestimmte Initiativen für einen neuen konventionellen Abrüstungsvertrag vorzulegen,
- substanzielle Beiträge zur Modernisierung das Wiener Dokuments über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen beizusteuern, wie eine Absenkung der Schwellen für Notifizierungen, eine dichtere Inspektionsfolge und die Einbeziehung anderer Kategorien wie Rapid Reaction Forces oder Marinestreitkräfte,

– grenzüberschreitenden Herausforderungen wie Terrorismus, organisierte Kriminalität, Menschenhandel sowie sicherheitsrelevanten Aspekten der Energiesicherheit und des Klimawandels stärkere Aufmerksamkeit zu widmen,

– die existierenden und bewährten Instrumente der drei Dimensionen zu festigen und weiterzuentwickeln,

– neue Gespräche und Verhandlungen voranzutreiben, um das konventionelle Rüstungskontrollregime in Europa zu stärken und für das 21. Jahrhundert zu modernisieren,

– den Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit (1994) durch eine bessere Implementierung zu stärken,

– die Beratungen zu einer Kleinwaffenkonvention voranzutreiben und alle OSZE-Teilnehmerstaaten zum Beitritt zur Landminen- und zur Streumunitionskonvention aufzufordern,

– im Rahmen eines verstärkten Dialogs auch Militärdoktrinen und Verteidigungsplanung einzubeziehen,

– die Rolle der OSZE bei Frühwarnung, Krisenprävention und Krisenbewältigung zu stärken und auszubauen und die Instrumente zu schnellerem Reagieren auf Krisen weiterzuentwickeln,

– die Feldmissionen der OSZE zu stabilisieren, die eine wichtige Rolle bei Kriseninterventionen, beim Monitoring, aber auch bei Polizeiaktionen haben, und sie noch stärker auf neue transnationale Gefahren und Herausforderungen auszurichten (organisierte Kriminalität, Menschenhandel, Geldwäsche und Drogenhandel),

– für die Lösung von ungelösten Konflikten (Berg-Karabach, Georgien – Abchasien/Südossetien, Transnistrien) und „neuen“ Konflikten (Kirgisistan) politische Lösungen herbeizuführen,

– stärkere Kooperation bei der Analyse und der Entwicklung von Gegenstrategien gegen neue grenzüberschreitende Gefahren (einschließlich Cyber-Angriffe) anzustreben,

– in der menschlichen Dimension sich für die Stärkung des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte in Warschau sowie der OSZE-Beauftragten für die Freiheit der Medien (Wien) und des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten (Den Haag) einzusetzen und die Fortentwicklung der Aktivitäten zur Wahlbeobachtung zu unterstützen,

– die Entwicklung stärkerer Instrumente in der menschlichen Dimension zu unterstützen, um die OSZE-Verpflichtungen umzusetzen (z. B. ein Gremium, das die Umsetzung begutachtet, Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen),

– die zweite Dimension der Umwelt- und Wirtschaftsthemen insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Konfliktprävention zu stärken (Energiesicherheit, Wassermanagement, Klimawandel).

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Deutschen Bundestag kontinuierlich über die Fortschritte des Korfu-Prozesses und bei der Erarbeitung und Umsetzung eines Aktionsplans zu berichten.

Berlin, den 11. Mai 2011

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333